

Hauptstiz der
Bank Julius
Bär in Zürich:
Peinlicher
Patzer im
Kerngeschäft
FOTO: A. MOSER/KEY



Risse in Bärs Gütesiegel

Die Bank Bär bezeichnete Anlagefonds, die bei Madoff investierten, als «approved» und setzte sie auf eine Fondliste, die ihre Kundenberater benutzten

VON MARCO ZANCHI
UND MEINRAD BALLMER

Auch Kunden der Bank Julius Bär haben beim mutmasslichen Milliardenbetrüger Bernard Madoff Geld verloren. Auf einer internen Empfehlungsliste der Bank vom April 2008 stehen zwei Dach-Hedge-Funds, die bei Madoff exponiert waren. Einer der beiden Fonds ist der Irongate Global Strategy. Er wird von Fairfield Greenwich betrieben, jener Gesellschaft, die in der Branche als grösster Geldzubringer von Bernard Madoff bekannt ist. Beim zweiten Fonds handelt es sich um den Allweather Momentum II Fund, betrieben von Pioneer.

Laut Julius Bär war der Irongate Global Strategy Ende November, kurz bevor Madoff aufflog, mit rund 0,6 Prozent bei Madoff investiert, der Allweather Momentum II mit rund 8 Prozent. Bär sagt, «der entsprechende Verlust bei beiden Dach-Hedge-Funds» habe insgesamt eine halbe Million Franken betragen, im Verhältnis zum Geschäftsvolumen von rund 274 Milliarden (Ende 2008) sei der Verlust «minimst».

Trotz des geringen Verlustes ist es für die Bank peinlich, dass sie Fonds in eine Auswahlliste aufgenommen und mit dem Gütesiegel «approved» versehen hat, die bei Madoff exponiert waren. Die Liste enthält 22 von Julius Bär ausgewählte Dach-Hedge-Funds aus einem weltweiten Angebot von rund 2000 derartigen Fonds.

Julius Bär sagt, bei der Liste, die von Kundenberatern benutzt worden sei, handle es sich «nicht um eine Empfehlungsliste». Bär: «Die Liste war eindeutig «for internal use only» gekennzeichnet und diene als Orientierungshilfe bei Anfragen von Kunden.»

Fairfield: Anklage in den USA, Ermittlungen in Spanien und GB

Von der Sonntagszeitung befragte Branchenexperten betrachten die Liste jedoch als Empfehlung an die Kundenberater. «Die Kundenberater der Banken halten sich bei ihren Ratschlägen bezüglich Kauf von Wertpapieren üblicherweise an die von der Bank vorgegebenen Listen», sagt Bankrechtsprofessorin Monika Roth vom Institut für Finanzdienstleistungen der Hochschule Luzern.



Milliardenschwindler Madoff: «Verseuchte» Fonds FOTO: AP/KEY

Die Bank Bär hat zum Thema Investments bei Madoff wiederholt erklärt, Kunden, die von der Bank beraten wurden, seien nicht in «Madoff-Produkte» investiert. «Es habe aber Kunden gegeben», die «self directed», das heisst aus eigenem Antrieb, «Madoff-Produkte» gekauft hätten. Aufgrund der aufgetauchten Fondliste ziehen mehrere Experten den Schluss, dass die Bank Bär ihren Kundenberatern und diese ihren Kunden zwei «Madoff-verseuchte» Fonds empfohlen haben. Die Bank wendet ein, bei den als «approved» bezeichneten Fonds handle es sich nicht um Madoff-Produkte und angesichts ihrer Exposition von 0,6 und 8 Prozent könne man sie auch nicht als «Madoff-verseucht» bezeichnen.

In mehreren Ländern befassen sich die Behörden mit Fairfield Greenwich. Deren Fonds Irongate wurde vom Kolumbianer Andrés Piedrahita vermarktet, dem grössten Aktionär von Fairfield Greenwich, die von Madoff zwischen 2005 und 2008 über 400 Millionen Dollar an Gebühren kassiert haben soll. Piedrahita verkehrt im Jetset und pendelt zwischen seinen Domizilen in Madrid, London, Manhattan und Mallorca – meist mit dem Gulfstream-Jet.

Während Piedrahita sich als Opfer von Bernard Madoff sieht, ermittelt die spanische Antikorruptionsbehörde gegen ihn und Fairfield Greenwich. Das britische Serious Fraud Office hat seine Untersuchungen in Sachen Madoff auf Fairfield Greenwich ausgedehnt. In den USA werfen Kunden Fairfield Greenwich grobfahrlässige Verletzung von Sorgfaltspflichten vor und haben Klagen eingereicht. Die Regulierungsbehörde des US-Bundesstaates Massachusetts hat den Fairfield Greenwich in einem verwaltungsrechtlichen Verfahren des Betrugs angeklagt.

Stanford ist nun auch ein Fall für die Zürcher Justiz

Vorwurf des Betrugs und des unlauteren Wettbewerbs gegen Mitarbeiter in der Schweiz

ZÜRICH Das 1,6-Milliarden-Dollar-Schneeballsystem des mutmasslichen Anlagebetrügers Allen Stanford beschäftigt die Zürcher Justiz. Laut Peter Pellegrini, Leiter der Abteilung für Wirtschaftsdelikte, prüft die Staatsanwaltschaft die Eröffnung eines Strafverfahrens gegen drei Stanford-Vermögensverwalter in Zürich. Gegen das Trio ist Anfang März Strafanzeige ergangen.

In Zürich hatte das internationale Stanford-Firmenkonglomerat seinen Europa-Hauptsitz. Seit Mitte dieser Woche befindet sich die Stanford Group (Suisse) AG in Liquidation. Dem internationalen Beirat der Stanford-Gruppe hatte Alt-Bundesrat Adolf Ogi angehört – bis im Februar aufgefliegen ist, dass es sich mutmasslich um ein Schneeballsystem à la Madoff handelt.

Angezeigt hat die Zürcher Stanford-Manager Jürgen Wagenrotz, der mit einem Casino-Magazin zu Vermögen gekommen ist und heute in Antigua lebt. Die Vorwürfe: unlauterer Wettbewerb, Betrug, ungetreue Geschäftsbearbeitung. Laut ihm hätten die Vermögensverwalter zweimal innerhalb eines Monats Management-Fees abgezogen von über 172 000 Franken. Ausserdem hätten sie Wagenrotz trotz mehrerer Treffen nicht darüber informiert, dass der Handel mit einem «hochspe-

kulativen Papier» in seinem Depot schon längst ausgesetzt worden sei. Das Zertifikat im Wert von 2,5 Millionen Dollar war bei Madoff investiert, auch darüber sei er nie informiert worden. Der Zürcher Wirtschaftsanwalt Daniel Fischer sagt: «Ich bin überzeugt, dass mein Klient nicht der einzige Geschädigte ist. Ebenso bin ich davon überzeugt, dass es bei Stanford Schweiz strafrechtlich relevantes Verhalten gab.» Insgesamt, so Wagenrotz, habe er vier Millionen Euro verloren.

Schon zwei Wochen bevor Stanford weltweit Schlagzeilen machte, hat Wagenrotz den Verdacht geäussert, es handle sich um ein Schneeballsystem. Antworten auf entsprechende Fragen hat er aus der Zürcher Filiale nie erhalten. Auf sein Geld wartet er nach wie vor.

Konkursverwalter von Stanford Schweiz ist die Kanzlei von Swissair-Liquidator Karl Wüthrich. Dort heisst es: «Es handelt sich um eine solvente Liquidation. Die Forderungen werden von uns einzeln geprüft.» Ausgelöst hat die Liquidation von Stanford Schweiz die amerikanische Börsenaufsicht SEC, die auch in den USA einen Konkursverwalter eingesetzt hat. Gemäss ihren Angaben sind durch das Stanford-Betrugssystem Vermögen von 8 Milliarden Dollar betroffen. JEAN FRANÇOIS TANDA

Weltbank kritisiert Protektionismus

17 der 20 grössten Industrienationen schützen ihren Markt. Die Schweiz leidet besonders

ZÜRICH/WASHINGTON Weltbank-Präsident Robert Zoellick hat am Donnerstag vor einer steigenden Abschottung der Märkte als Folge der Weltwirtschaftskrise gewarnt. Im Vorfeld der traditionellen Frühjahrstagung von Weltbank und Internationalem Währungsfonds an diesem Wochenende in Washington kritisierte Zoellick, dass mindestens 17 der 20 grössten Wirtschaftsnationen (G-20) Massnahmen zum Schutz der heimischen Märkte ergriffen haben.

Solche Aussagen haben auch hierzulande aufhorchen lassen. Die stark exportorientierte Schweiz hat in den letzten Jahren enorm von der Öffnung der Märkte profitiert und zählt zu den Gewinnern der Globalisierung. Entsprechend verletzlich ist die Schweiz mit ihrer zu kleinen Binnenwirtschaft, sollten sich die einzelnen Länder vermehrt gegen den Welthandel abschotten. Pascal Gentinetta, Vorsitzender der Geschäftsleitung des Dachverbands Economiesuisse, sagt denn auch unmissverständlich: «Wir unterstützen jede Politik, die den Protektionismus eingrenzt.»

«Wir unterstützen jede Politik, die den Protektionismus eingrenzt»

Seit dem G-20-Treffen vom letzten November hat die Weltbank insgesamt 47 protektionistische Massnahmen gezählt. Die Ökonomen der Credit Suisse haben diese Massnahmen analysiert und sind zum Schluss gekommen, dass sie «gesamtwirtschaftlich (noch) kaum von Bedeutung» sind. Trotzdem warnen sie vor den Signalen, die «negativ und wenig vertrauensfördernd» seien.

Mindestens die Hälfte der Massnahmen geht auf das Konto von Schwellenländern, die auf tarifäre Handelshemmnisse wie Zölle, Mindestpreise oder Exportsubventionen zurückgegriffen haben. So hat Russland die Einfuhrtarife auf gebrauchte Automobile erhöht. Ecuador hat sogar Zölle auf über 900 Produkte angehoben.

Industriestaaten greifen eher zu Subventionen und schützen damit einzelne Industriezweige. Das Paradebeispiel ist die Automobilindustrie. Die Weltbank schätzt, dass weltweit direkte oder indirekte Subventionen von fast 50 Milliarden Dollar vergeben worden sind, davon 42 Milliarden Dollar in Industrieländern. Nutzniesser sind die Autohersteller in den meisten grossen Herstellerationen wie den USA, Deutschland, Frankreich und China.

Nach Einschätzung der CS-Ökonomen könnten diese Subventionen wie Bremsklötze wirken und angesichts der existierenden Überkapazitäten einen «überfälligen Strukturwandel behindern». Zudem berge der Protektionismus die Gefahr, dass der Aufschwung verzögert werde. RETO THÖNY

Banker ausleihen statt entlassen

UBS: Gewerkschaften fordern Verlängerung der Konsultationsfrist bis Ende Mai

ZÜRICH Letzten Freitag fanden Gespräche zwischen der UBS, der Personalvertretung und den Gewerkschaften statt. Offenbar missfällt den Personalverbänden die grosse Eile, welche die UBS beim Stellenabbau an den Tag legt. Darum verlangen die Verbände eine Verlängerung der Konsultationsfrist bis 23. Mai, wie Denise Chervet vom Bankpersonalverband bestätigt. Ursprünglich gewährte die Bank eine Frist bis 29. April. Kommenden Mittwoch will die UBS nun entscheiden. Verlängert sie die Frist, kann sie bis Ende Mai keine Stellen abbauen. Recherchen zeigen, dass die UBS-Vorgesetzten angewiesen wurden, ab 30. April betroffene Mitarbeiter zu informieren.

Daniel Lampart, Chefökonom des Gewerkschaftsbundes, fordert eine Internetvermittlungsplattform für Banker. Banker sollen Mitarbeiter anderen Banken temporär ausleihen oder fest anstellen können. Wenn das Geld von der UBS zu anderen Banken fliesse, sollten die Mitarbeiter zu diesen Banken wechseln. Dreht der Geldfluss, kehren die Banker zurück. «Die Metallindustrie machte gute Erfahrungen damit», sagt Lampart. Bei der UBS ist man offen für neue Arbeitsmodelle. So hat die Bank ein Timeflex-Programm geschaffen. Es sieht Jobsharing, Sabbaticals und Teilzeitpensen vor. BEAT SCHMID

ANZEIGE



18 x in Ihrer Nähe | www.pasito.ch